

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 8.

Paderborn, 18. Januar

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt wolle man möglichst bald machen (Auswärtige bei der nächstgelegenen Postanstalt), damit die Zusendung frühzeitig erfolgen kann.

Wahlaufruf.

Constitutioneller Bürgerverein.

Paderborn, 10. Januar 1849.

Mitbürger! Die Wahlen stehen bevor. Wir rufen Euch auf, Euer Recht zu denselben nach Eurer gewissenhaften Ueberzeugung auszuüben. Bedenket, daß jeder der zur Wahl berechtigt ist, auch die Pflicht hat, sein Recht auszuüben. Wer seine Familie liebt, wer es wohl meint mit seiner Gemeinde und dem ganzen Vaterlande, der ladet eine schwere Verantwortlichkeit auf sich, wenn er jetzt nicht auf seinem Posten ist.

Wohlan Ihr Mitbürger! Tretet auf und thuet Euch zusammen. Höret nicht auf die Stimme falscher Freunde. **Wählet zu Wahlmännern die besten unter Euch!** Wer der beste und der klügste Wirth, wer der rechtschaffenste Hausvater und ein guter Bürger ist, wer einen kräftigen König, und unter einer freisinnigen verfassungsmäßigen Regierung, ein in allen Gewerben blühendes freies und treues Volk will, wer auf dieser Gesinnung feststeht, **der soll unser Wahlmann sein!**

Uebersicht.

Die neue Gerichts-Verfassung.

Deutschland. Berlin (Schreiben des Königs); Dortmund (der Congress der constitutionellen Vereine); Berlin (der Stuttgarter vaterländische Verein); Krenfier (der Reichstag); Frankfurt (Erklärung des Großherzogs von Baden).

Vermischtes.

Die neue Gerichts-Verfassung.

a Paderborn, 9. Jan. 1849.

In Nr. 4. d. Bl. haben wir uns vorbehalten, unsern Lesern einiges Nähere über die zwei neuen überaus wichtigen Verordnungen, betreffend die Gerichts-Verfassung und das Strafverfahren, mitzutheilen. Zur Erledigung dieses Vorbehalts möchten wir zur ersten Verordnung vom 2. d. M. unsere Freude aussprechen über die im Titel I. derselben nunmehr entschieden erfolgte Aufhebung jeder Privatgerichtsbarkeit, sei sie standesherrlich, städtisch oder eigentlich patrimoniale, also einem Rittergutsbesitzer zuständig gewesen. Es ist also der grelle Widerspruch für das Bewußtsein des Volkes vom Staate, und für das Erforderniß der gleichen Berechtigung aller Bürger vor dem Gesetze, welcher darin bestand, daß ein Mitbürger der Gerichtsherr des andern war, in das Grab der Vergangenheit gesunken. Möge diese alte Ungeeignetheit dort sanft ruhen bei den übrigen begrabenen Privilegien. Nach den trefflichen Verheißungen des Königs können und wollen wir er-

warten, daß noch manche andere Vorrechte denselben Weg wandern werden. —

Ganz ebenso müssen wir uns über den Titel II. aussprechen, in welchem der eximirte Gerichtsstand aufgehoben ist, für die zum Adel, zur Geistlichkeit und zu den Beamten gehörigen Personen, für adeliche Güter und dergl. Grundstücke. Alle werden fortan mit den Bauern und Bürgern gemeinsam bei demselben Gerichte ihr Recht suchen und finden. —

Nur wegen der Eisenbahnen ist auf sehr zweckmäßige Weise angeordnet, daß, wenn ein Grundbesitzer an die Eisenbahngesellschaft Ansprüche verfolgen will, er dies bei seinem Richter thun kann.

Wegen der Studirenden und des Militärs sind allerdings besondere Einrichtungen nöthig und vorbehalten — darüber werden später die Kammern zu bestimmen haben.

Nicht so unbedingt können wir uns mit den weiteren Bestimmungen über die Organisation der Gerichtsbehörden im Titel III. befreunden. Die neue Organisation soll schon zum 1. April d. J. ins Leben treten. Dies wird nicht ohne viele Ausgaben möglich sein. Es ist aber vorauszusetzen, und wir hoffen es geradezu, daß nach dem Zusammentritte der Kammern noch eine andere Gestaltung der Gerichte eintreten wird. Dann würde wieder eine Umänderung der eben erst eingetretenen Einrichtungen nöthig werden, mit neuen Ausgaben. Dabei sehen wir ganz davon ab, daß jede Veränderung in der Verfassung der Behörden mit vielen Unbequemlichkeiten für das Volk verbunden ist — und solche erhebliche Beschwerden des Volkes sollten möglichst vermieden werden. Was die Grundzüge der neuen Einrichtung anbelangt, so sollen als Gerichte erster Instanz Kreis- oder Stadt-Gerichte dienen, für einen Umfang von etwa 40 bis 70, durchschnittlich 50 Tausend Seelen. In diesen Gerichten werden Einzelrichter für die Bearbeitung der Bagatellprozesse, (bis 50 Thlr.) der Injurienprozesse, und der polizeilichen Untersuchungen bestellt; jedoch können auch im Kreise selbst für einzelne Bezirke Bezirksrichter angestellt werden, welche zum Kreisgericht im Verbande stehen. Das Kreisgericht zerfällt in zwei Abtheilungen, von denen die erste alle übrigen Prozesse in Civilsachen entscheidet, und in Criminalsachen, wo es sich nicht um schwere Privatverbrechen, um politische und Preßverbrechen handelt — solche werden nämlich mit Geschworenen gerichtet. —

Die zweite Abtheilung des Kreisgerichts verwaltet allein und ausschließlich die bisherigen gerichtlichen Verwaltungssachen, also die Nachlaß-, Vormundschafts-, Hypotheken-, freiwillige Subhastations-, Depositalfachen und die sonstigen Geschäfte der s. g. freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Für die zweite Instanz in Civil- und Criminalsachen sollen die bisherigen Ober-Landes-Gerichte als Appellations-Gerichte bestehen bleiben, also 21 an der Zahl, wovon in Westfalen 4.

In der ganzen Monarchie wird es für die Revisions- und Nichtigkeits-Instanz zu Berlin ein Ober-Tribunal geben.

Mangelhaft ist diese Einrichtung nach unserm Dafürhalten darin, daß durch dieselbe keine Uebereinstimmung in der Gerichtsverfassung mit unserer Rheinprovinz erlangt wird. Dort besteht die französische Einrichtung, welche ebenso wie in England und Amerika, durchgängig und also als Regel, für jeden kleinern Bezirk einen Bezirksrichter hat, welcher Friedensrichter heißt. Diese Einrichtung ist besser, weil die Bürger und Bauern ihre Rechnung dabei finden, wenn sie in ihrer Nähe einen beständigen Richter haben, zu dem sie in Bekanntschaft treten und persönliches Vertrauen fassen können. Zum Richter geht man eher, und redet